

gewiß nicht nur innerösterreichische Bedeutung hat, sondern auch mit allerlei Aktivitäten nach dem Osten in Zusammenhang gebracht werden muß.

Diese fünf Jahre, in denen in Rom mehrere Rücktrittsgesuche des Wiener Kardinals abgelehnt wurden, sind offensichtlich nicht genützt worden. Denn als der Papst im Sommer des Vorjahres den Rücktritt des mit ihm freundschaftlich verbundenen Kardinals endlich annahm, begann der Nuntius in Wien erst mit einer Umfrage bei mindestens tausend vertrauenswürdigen Personen, und man kann sich denken, daß eine derartige Operation eine bestimmte Zeit braucht.

Mittlerweile ist der Winter längst ins Land gezogen, und die Katholiken von Wien hoffen täglich, daß endlich eine Entscheidung getroffen wird. Seit dem ersten Rücktrittsgesuch von Kardinal König im Jahr 1980 hat es in der Erzdiözese Wien aus sehr begreiflichen Gründen keine umfassenden neuen Initiativen mehr gegeben. Dieser *Stillstand* breitete sich allmählich auch auf andere österreichische Diözesen aus, deren Bischöfe mehr oder weniger offen als potentielle Kandidaten für Wien genannt wurden, so daß schließlich eine verbreitete Stagnation im kirchlichen Leben zu verzeichnen war – trotz aller erfreulichen Kleinarbeit an der „Basis“ der Kirche.

In diesem Kontext ist es bedenkenswert, jene steno-grammartigen Aufzeichnungen zu lesen, die der 1984 verstorbene Wiener Studenten- und Akademikerseelsorger Prälat *Karl Strobl* hinterlassen hat und die erst kürzlich in Buchform erschienen sind. (Karl Strobl, „Erfahrungen und Versuche“, herausgegeben von Alois Kraxner, Agnes Niegler und Friedrich Wolfram, Herold-Verlag, Wien – München 1985.)

Karl Strobl, der Gründer der Katholischen Hochschulgemeinden in Österreich, bildete zusammen mit *Otto Mauer*, dem prophetischen Prediger und Pionier in der Kunstszene, und *Ferdinand Klostermann*, dem langjährigen Jugendseelsorger und späteren streitbaren Theologen, das Dreigestirn der katholischen Erneuerung Österreichs nach 1945.

In dem Kontext mit den angedeuteten aktuellen Ereignissen und Vorgängen ist es nun ein Grund für besorgte Nachdenklichkeit, wenn man in den Aufzeichnungen

von Karl Strobl den Hinweis findet, die Amalgamierung sei ein interessanter Prozeß im österreichischen Geistesleben und auch in der österreichischen Kirche. Der *Josephinismus* habe in Österreich sowohl das erste wie auch das zweite Vatikanum überlebt, meint Strobl: „Je länger die Distanz zum zweiten Vatikanum dauert, desto deutlicher wird es, daß es sich bei diesem Konzil um sehr wichtige Anregungen gehandelt hat, daß aber sowohl die Lebensformen, die Kraft, die Wirksamkeit der Kirche in Österreich ebenso unverändert blieb wie nach dem ersten Vatikanum.“

Das Konzil nur überlebt?

Karl Strobl erinnert dann an die Bemerkung von *Karl Rahner* am Ende der siebziger Jahre, daß für die Kirche eine Art Winterzeit begonnen habe, und fügt hinzu, damit sage Karl Rahner aus, was in einer metaphysischen Weise bereits *Reinhold Schneider* Mitte der fünfziger Jahre in dem Buch „Winter in Wien“ schrieb: „Die Kirche Österreichs hat das Konzil erlebt und überlebt und auch die daran anschließende Blütezeit der Gremien und die stille, wenig virulente Zeit der Siebzigerjahre. Einen Unterschied zu früheren Zeiten macht einzig die Tatsache aus, daß die Stimme und das Werk des Wiener Kardinals eine überragende Bedeutung haben, überschreitend die Grenzen des Bereiches der Katholiken in Österreich, überschreitend auch die Grenzen Österreichs selbst. Ansonsten ist das zweite Vatikanum vorbei, ist Rom weit weg und richtet man sich's wieder ein im Katholizismus auch der Achtzigerjahre. Das System der Hierarchie ist unverändert geblieben. Es gibt den Klerus, es gibt die Gläubigen. Verändert hat sich vielleicht das Verhältnis der Laien zu Klerus und Hierarchie. Die Laien sind eingeladen, ihre Gedanken, ihre Kraft deutlich einzubringen, ihre Ansichten auszusprechen; aber zu reden, Entscheidungskraft hat schließlich doch nur der Pfarrer oder die Hierarchie.“

Karl Strobl kannte wie kaum ein zweiter die innere Entwicklung der Kirche Österreichs. Seine Stimme sollte daher beachtet werden.

Zwischen Traum und Wirklichkeit.

Fritz Csoklich

Wo und wie ist Kritik möglich?

Sowjetwirklichkeit im Spiegel der Sowjetpresse

Beginnt sich in der Sowjetunion etwas zu ändern? Ideologisch und im politischen Gesamtklima kaum. Aber die Partei läßt in ausgegrenzten Bereichen – vor allem des wirtschaftlichen Alltags – zunehmend Kritik zu, solange sich diese nicht gegen sie selbst richtet. Wie dies von Fall zu Fall und von Thema zu Thema vor sich geht, schildert Nadja Simon anhand einer Auswertung sowjetischer Presseerzeugnisse. Die

Autorin stammt aus der Sowjetunion und lebt heute in der Bundesrepublik.

Täglich erscheinen in der Sowjetunion viele Zeitungen und Zeitschriften; Rundfunk- und Fernsehstationen strahlen ihre Programme aus. Welche Informationen vermitteln die sowjetischen Massenmedien? Findet man dort

hauptsächlich Propaganda, Schönfärberei der Zustände in der UdSSR und Schwarzmalerei über den Westen? Solche Auffassungen sind allgemein verbreitet, sowohl im Westen als auch in der Sowjetunion selbst. Inwiefern sind diese Klischeevorstellungen berechtigt? Ist es überhaupt möglich, aus den sowjetischen Medien etwas über die tatsächliche wirtschaftliche Lage oder über das normale Leben und die Sorgen der Menschen in der Sowjetunion zu erfahren?

Ein neuer Wind?

Der neugewählte Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, hielt am 11. Juni 1985 eine umfangreiche Rede auf einer ZK-Sitzung, die den Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes gewidmet war. Seine Rede wurde in vielen sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt. Wenige Sowjetbürger werden sie gelesen haben. Entscheidet man sich doch zum Lesen, kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Am Anfang der Rede findet man die in allen offiziellen sowjetischen Verlautbarungen unentbehrlichen Beteuerungen über die Erfolge. Der neue Parteichef begnügt sich jedoch mit der knappen Feststellung: „Wir können auf unsere Wirtschaft stolz sein. Darin zeigen sich anschaulich die Vorzüge des Sozialismus seiner Planwirtschaft. Unsere Erfolge sind unbestritten, sie sind allgemein anerkannt.“

Dann folgte die konkrete Beschreibung der *tatsächlichen* Lage der sowjetischen Wirtschaft. Sie bietet ein ziemlich tristes Bild der Wirklichkeit. Trotz der angeblichen „Erfolge“ verlangt der Parteichef „eine scharfe Wende bei der Intensivierung der Wirtschaft“, „die Umorientierung jedes Betriebes“, „den steilen Anstieg der Qualität der Ware“, „weil die Qualität eine der anfechtbarsten Stellen der Wirtschaft bleibt“. Überrascht liest man weiter, daß für die meisten Bereiche der sowjetischen Wirtschaft „kardinale Veränderungen“ verlangt werden. „Stolz“ kann man laut Gorbatschow auch „auf die sowjetische Wissenschaft sein“, aber auch die Wissenschaft soll mehr „den Anforderungen der Zeit entsprechen“ und sich „entschieden den Bedürfnissen der allgemeinen Produktion anpassen“. Zum Schluß ruft der Parteichef zur Verwirklichung der Ideen von Lenin auf und zitiert diesen mit dem Satz: „Wir werden es schon schaffen, denn wir beschönigen unsere Lage nicht. Wir kennen alle Schwierigkeiten. Wir sehen alle Krankheiten. Wir behandeln sie systematisch und hartnäckig, ohne in Panik zu geraten.“

Es drängt sich die Frage auf, ob solche Kritik an den inneren Zuständen in der Sowjetunion nur dem Parteichef erlaubt ist. Bei einer systematischen Lektüre der sowjetischen Zeitschriften und Zeitungen stellt man eindeutig fest: scharfe Kritik ist heutzutage an der Tagesordnung. Faulheit, Schlendrian, Alkoholismus, schlechte Arbeit vieler Sowjetbürger und Betriebe werden in den sowjetischen Massenmedien oft behandelt. Besonders radikal in

der Analyse und „kreativ“ in Vorschlägen zur Lösung von Konflikten sind viele Berichte in der Wochenzeitung „Literaturnaja Gazeta“ (Literaturzeitung). Sie ist die von russischen Intellektuellen bevorzugte Zeitung. Sie druckt keineswegs nur Berichte zur schönen Literatur. Auf ihren Seiten kommen alle Bereiche des sowjetischen Lebens zur Sprache. Die „Literaturzeitung“ spielt eine Sonderrolle, sie hat eine Ventilfunktion in der sowjetischen Gesellschaft, sie darf in ihrer Kritik viel weiter gehen als die anderen Zentralorgane, wie z. B. „Prawda“, „Iswestija“, „Trud“. Eins darf jedoch auch diese Zeitung nicht: die Partei kritisieren. Die „Avantgarde der Arbeiterklasse“ – die KPdSU – ist für die sowjetischen Medien unantastbar. Die Kritik bleibt im wesentlichen im Bereich der Wirtschaft. Und noch in einer anderen Hinsicht findet die Kritik ihre Grenzen. Sie bezieht sich stets auf bestimmte einzelne Fälle und Erscheinungen; sie darf niemals das „System“ betreffen. Diese Einschränkung hat für die offene und veröffentlichte „Kritik und Selbstkritik“ in der Sowjetunion stets gegolten. Aber das sowjetische Publikum kann natürlich nicht daran gehindert werden, aus der immer wiederkehrenden Kritik an weitgehend den gleichen Erscheinungen seine eigenen Schlüsse zu ziehen ...

Die Sache mit dem „betrunkenen“ Geld

Eines der wichtigsten Probleme der sowjetischen Wirklichkeit ist heute der stark verbreitete *Alkoholismus*. Am 1. Juni 1985 ist der Beschluß der Obersten Sowjet der UdSSR „Über die Verstärkung des Kampfes gegen die Trunksucht“ in Kraft getreten. Das löste eine umfassende Kampagne in der sowjetischen Presse aus. Die Zeitung der sowjetischen Gewerkschaften „Trud“ hat sogar eine besondere Rubrik eröffnet „Alle zusammen – gegen die Trunksucht!“ Glaubt man den hier veröffentlichten Berichten, so „haben viele junge Arbeiter den Alkohol aus ihrem Leben gestrichen“ (Trud, 23. Juni. „Die Hochzeit ohne Schnaps“). Auch aus den anderen Zeitungen erfährt man, daß „der Alkoholbeschluß, der von vielen Skeptikern für viel zu weich gehalten wurde, schnelle und überraschende Früchte trug“. Aus verschiedenen sowjetischen Städten kamen schon Anfang Juli 1985 Berichte, daß der Alkoholumsatz um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen sei. Und die Verluste, die durch die Reduzierung des Alkoholabsatzes entstehen, werden laut „Trud“ durch Eröffnung von Cafeterias kompensiert, wo Kaffee, süße Cocktails und Kuchen angeboten werden.“

Aber der Redakteur der „Literaturzeitung“ sieht dieses Problem nicht so optimistisch wie sein Kollege der „Trud“. Er glaubt nicht daran, daß es möglich ist, die ausgebliebenen Alkoholprofite durch den Verkauf von süßen Sachen zu ersetzen. „Denkt etwa jemand tatsächlich im Ernst daran, daß die Menschen, die aufgehört haben, den bitteren Schnaps zu trinken, sich jetzt von früh bis spät mit Süßigkeiten, Schokolade und lauwarmem Eis

ernähren werden?“ (LZ, 3. 7. 85). Deswegen stellt er die „scharfe“ Frage: „Kann der Handel ohne ‚betrunkenes‘ Geld auskommen?“ Der Autor hat nachgeforscht, wieviel Geld die Sowjetbürger alljährlich für Alkohol ausgeben. Die sowjetische Statistik gibt zwar keinen direkten Aufschluß darüber. Aber in den statistischen Daten wird „alles aufgeführt, was gegessen und getrunken wird, außer Alkohol, Mayonnaise, Kaffee und Gewürzen.“ Die Höhe der Ausgaben für diese Lebensmittel findet man in der Statistik in der letzten Spalte unter der Überschrift „andere Lebensmittel“. „Diese Zahl beträgt etwas weniger als 56 Milliarden Rubel jährlich. Das ist dreimal soviel, wie wir für Fleisch ausgeben und sechsmal soviel wie für Milch und Milchprodukte ... Diese Milliarden geben wir doch bestimmt nicht für Mayonnaise aus.“

Daraus sieht man, daß der Kampf gegen den Alkohol nicht nur *moralische* sondern auch *wirtschaftliche* Dimensionen hat. Man darf schließlich nicht vergessen, aus welchen Gründen 1923 das vom letzten russischen Zaren Nikolaus II. 1914 eingeführte Alkoholverbot aufgehoben wurde. Die Sowjetmacht wollte die Profite nicht den illegalen Branntweimbrennern überlassen. Die junge sowjetische Republik brauchte Geld für den Aufbau des Sozialismus. Der schädliche Alkoholgenuß brachte dem Staat viel Geld ein. Es ist verständlich, daß heute die Alkoholerzeuger und die Miliz ganz unterschiedlich auf die Verringerung des Alkoholumsatzes reagieren. Die einen wie die anderen haben jetzt weniger Arbeit, allerdings mit unterschiedlichen Folgen, die einen bekommen keine Prämien mehr und die anderen erhalten wahrscheinlich Auszeichnungen.

Erstaunliche Findigkeit ...

Den Ausfall der Prämien für die Alkoholproduzenten und -Verkäufer kann die Gesellschaft leicht verkraften. Aber „wie kann man das betrunkene Geld ersetzen?“ Denn, „wenn Menschen weniger Alkohol kaufen, sparen sie Geld, und wollen es für etwas Nützliches ausgeben“. Aber dieser Wunsch scheitert an zwei Problemen. Entweder gibt es in den sowjetischen Geschäften keine „nützlichen“ Waren, oder, falls es sie gibt, kann der Käufer sie nicht finden. Keiner ist bereit, ihm zu helfen. Die sowjetischen Verkäufer sind durch ihre Passivität, Grobheit und nicht vorhandene Hilfsbereitschaft bekannt. Daher entsteht im Zuge des Kampfes gegen den Alkohol eine neue Aufgabe: Der *sowjetische Handel* muß umgebaut werden, „die Verkäufer müssen lernen, ihre Ware zu verkaufen, sie müssen lernen, die Kunden zu beachten“.

Denn „die Verringerung der milliardenhohen Einnahmen der „betrunkenen“ Dreirubelscheine (3 Rubel ist der Preis für eine Flasche Wodka) muß den Handel anspornen, mehr vom edlen, nüchternen Geld zu verdienen“ (LZ, 3. 7. 85). Allein mit der Freundlichkeit der Verkäufer kommt man allerdings auch nicht weiter, wenn es wenig „nützliche“ Ware gibt oder die vorhandene Ware dem Käufer nicht gefällt.

Denn häufig werden Waren produziert, die der Konsument nicht braucht. Viele Betriebe haben *übermäßige Warenvorräte* angesammelt, die nicht absetzbar sind. Das kümmert aber die Betriebe wenig. So hat z. B. eine Fabrik in Sawidow, die feine Wollstoffe produziert, den Plan für Mai 1985 zu 109,5 Prozent erfüllt. Allerdings ist auch den höheren Instanzen bekannt, daß die Fabrik ihre Ware wegen der niedrigen Qualität nicht absetzen kann.

Die Reste der nichtverkäuflichen Stoffe kommen in die Fabrik zurück. Von Jahr zu Jahr immer mehr. Am 1. Januar 1983 waren es 194,3 tausend Meter, am 1. Januar 1984 – 574 tausend Meter und am 1. Januar 1985 erreichten diese „Reste“ die Zahl von 677,8 tausend Meter. Der Chefbuchhalter der Fabrik erklärte dem Korrespondenten der „Literaturzeitung“, wie die Fabrik über die Runden kommt: „Aus Bankkrediten bezahlen wir die Rohstoffe und die Löhne der Arbeiter.“ D. h. die Fabrik ist praktisch pleite. Es besteht keine Hoffnung auf die Verbesserung der Lage. Die Fabrik kann keine moderneren Stoffe produzieren, weil „eine hochstehende Instanz – Rospromscherst – die obligatorische Nomenklatur der Ware fast zwei Jahre im voraus ausarbeitet“. Die „grauen“ Stoffe werden also weiter produziert (LZ, 7. 8. 85).

Manche Betriebe zeigen eine erstaunliche Findigkeit beim Absatz mangelhafter Ware, z. B. eine Fabrik in Königsberg (Kaliningrad). Diese Fabrik produziert Fahrkartenverkaufsautomaten für Stadtautobusse. „Diese Geräte sind sehr kompliziert konstruiert. Sie geben die Fahrkarte nur dann heraus, wenn man kräftig mit der Faust auf den Deckel schlägt. Wenn man aber nicht darauf kommt, bekommt man keine Karte.“ Erstaunlicherweise ist die weitere Produktion dieser „komplizierten“ Geräte auch für den nächsten Fünfjahrplan vorgesehen. Deswegen ließen sich die Produzenten doch etwas einfällen: „Sie installieren diese Fahrkartenverkaufsautomaten in den Autobussen, die für die baltischen Republiken bestimmt sind. Dort ist solche Art der Bezahlung schon längst abgeschafft worden, deswegen werden diese Geräte dort aus den Bussen wieder ausgebaut.“ Monatlich werden 2700 solcher Fahrkartenautomaten hergestellt. Dieser „Spaß“ kostet jährlich 796 000 Rubel.

Die „Raffer“ und die Arbeitsmoral

Es werden viel Energie, Rohstoffe und menschliche Arbeit verschwendet, um unnötige Waren zu produzieren, obwohl andererseits starker Mangel an vielen Waren herrscht. Die meisten Menschen haben sich daran gewöhnt. In der Literaturzeitung vom 17. Juli 1985 schreibt ein Autor. „Vor etwa zwanzig Jahren fanden sich in jeder Schlange Menschen, die an den Geschäftsführer appellierten. Diese Menschen glaubten noch, daß Schlangen keine normale, sondern eine zeitweilige Erscheinung sind. Warum steht man heute schweigend? Weil man verstanden hat ... Für alle reicht die Ware sowieso nicht aus ... Es gibt doch viel zu viel Menschen ...“

Die „nützliche“ Ware reicht nicht aus, obwohl die meisten sowjetischen Betriebe ihre Pläne erfüllen und übererfüllen. Sie sehen sogar ihre Hauptaufgabe darin, den Plan zu erfüllen. Denn davon hängen die Prämien und die Auszeichnungen ab. Einige Betriebsleiter sind sogar bereit, ein Verbrechen zu begehen, nur um die Planziffern zu erreichen. Die Literaturzeitung vom 7. August 1985 berichtet darüber in einem umfangreichen Artikel unter dem Titel „Niemand wollte stehlen“. Es wollte tatsächlich niemand stehlen. Viele hochgestellte Bauleiter meldeten jahrelang falsche Angaben über die angebliche Planerfüllung nach oben. Denn die Vorgesetzten brauchten „glatte Zahlen“. „Viele Bauobjekte wurden halbfertig abgenommen. Es wurde von Jahr zu Jahr immer schlimmer. 1983 konnte man keine Objekte mehr als fertig melden. Man mußte ausschließlich die nicht fertigen Baustellen zu Ende führen.“ Auf dem Papier war der Plan aber erfüllt, die nichtexistierenden Kuhställe existierten. Das Bauunternehmen erhielt sogar 1982 eine Auszeichnung – die Rote Fahne.

Hiermit ist ein altes, aber bis heute aktuelles und vielleicht überhaupt *nicht zu lösendes Problem der Planwirtschaft* angesprochen: Vielfach läßt sich der Plan nur einhalten, wenn Betriebsleiter und Wirtschaftsfunktionäre bereit sind, sich am Rande oder auch außerhalb der Legalität zu bewegen. Da die nur auf dem Papier störungsfreie Koordination des Plans in Wirklichkeit an tausend Stellen nicht funktioniert, bedarf es einfallreicher Manager, die findig genug sind, schnell und „unbürokratisch“ fehlende Ersatzteile oder Fachkräfte zu „besorgen“. Insofern ist die sog. zweite oder Schattenwirtschaft geradezu eine Voraussetzung für das Funktionieren der sozialistischen Planwirtschaft.

Schlecht steht es in fast allen sowjetischen Betrieben auch mit der *Arbeitsmoral*. In der Literaturzeitung vom 17. Juli 1985 heißt es: „Keiner arbeitet. Aber alle sind beschäftigt. Es wäre doch viel einfacher, wenn wir es mit einem offenen Nichtstun zu tun hätten.“ Der Autor geht noch weiter: „Wenn die Pläne ständig übererfüllt werden, so sind das vielleicht doch keine idealen Pläne ... Wir brauchen jetzt keine Rekordler, ... sondern zuverlässige Fachleute, die ihre Sache gut machen.“ Auch in der Sowjetunion gibt es diese Menschen.

Die Zeitung „Trud“ berichtet am 6. Juni 1985, im Gebiet Charkow hätten Kolonnen illegaler Schwarzarbeiter in den Dörfern viel schneller und besser die Gasleitungen verlegt als die offiziellen staatlichen Organisationen. Der Leiter einer Sowchase beklagte sich: „Wir hatten alles: die technischen Zeichnungen, Geld und den Bauunternehmer, der Bau kam aber trotzdem nicht voran. Es dauerte zwei Jahre – bis Ponomarev aufkreuzte und seine Dienste anbot.“ Ponomarev war zuerst Leiter eines Bauunternehmens, dann quittierte er seinen Dienst und wurde „selbständig“. Er sammelte viele Bauarbeiter um sich und zog durch das Gebiet. „Sein Ruhm verbreitete sich im ganzen Bezirk. Viele Kolchosleiter kamen zu ihm, um Rat zu holen.“ Er hat in vielen Dörfern die Gas-

leitungen verlegt. „Alle waren zufrieden.“ Seine erfolgreiche Arbeit wurde plötzlich unterbrochen. Der Untersuchungsrichter „interessierte sich für seine Arbeit“.

Die Autorin der Zeitung „Trud“ räumt zwar ein, daß die staatlichen Unternehmen nicht in der Lage sind, das Problem der Gasversorgung der Dörfer zu lösen. So wurde in einer Sitzung des dafür zuständigen Trust mit dem komplizierten Namen „Ukrigaskommunistroj“ festgestellt, daß man für die vollständige Gasversorgung der Dörfer noch ... 100 Jahre braucht. Dennoch kann sich die Autorin nicht dazu durchringen, die nach kapitalistischen Methoden verrichtete Arbeit zu rühmen. „Unglaubliche Einkommen der Raffer und deren Straflosigkeit untergraben das Interesse der Menschen und besonders der Jugendlichen an ehrlicher, gewissenhafter Arbeit, sie locken sie auf den Weg des leichten Profits.“

Die Probleme unverändert wie das Einmaleins

Mit diesem sozialistischen Klischeemaßstab widerspricht die Autorin sich selbst. Sie hatte ja gesagt, daß die Schwarzarbeiter gut gearbeitet hatten. Und alle waren mit ihnen zufrieden. Sie haben allerdings auch viel verdient. Und das ist kein Einzelfall. Die Literaturzeitung spricht darüber ganz offen: „Nach soziologischen Untersuchungen sind die Profitgierigen und die Raffer bereit, auf der Baustelle jede Arbeit zu verrichten. Mit ihnen gibt es keine Probleme. Die anderen hingegen, die aus innerem Antrieb, aus romantischen Motiven auf die Baustelle gekommen sind, lassen ihren Launen freien Lauf. Oft bleiben sie auch nicht lange auf der Baustelle ... Der „Raffer“ arbeitet schneller, besser und zuverlässiger ... Wir müssen doch im Bezug auf die Menschen eine ‚niedrige‘ und ‚unschöne‘ Wahrheit gestehen: Wenn man dem Menschen gut bezahlt, dann arbeitet er auch ... Er wird sogar schufteln. Die Hauptsache, er wird bezahlt“ (LZ 17. Juli 1985).

Diese „Weisheit“ ist nicht neu. Neu ist nur die Tatsache, daß die sowjetische Presse in den letzten vier oder fünf Jahren offener darüber spricht. Diese Tendenz zeigte sich schon in den letzten Jahren unter Breschnew und verstärkte sich unter Andropow und Gorbatschow. Am Anfang der Breschnew-Ära scheute man sich, offene Kritik zu üben. Das mag vielleicht daran gelegen haben, daß in der Regierungszeit Chruschtschews sehr viel kritisiert wurde. Dabei wurde sogar ein Tabu gebrochen: Auch die Partei geriet in die Schußlinie der Kritik. Viele Getreue der Partei waren deswegen der Meinung, man dürfe mit der Kritik nicht übertreiben. Die Autorität der Partei müsse unangetastet bleiben. So wird heute Kritik auf die Wirtschaft und den Alltag gelenkt. Die Monatszeitschrift „Journalist“ ruft die Kollegen sogar auf, „mehr über die Schwierigkeiten zu berichten“. Zur Bekräftigung greift man auf Lenin zurück: „Der Demokratismus besteht ... darin, daß die Massen sich zu den wichtigsten Fragen äußern“ (Journalist, 5. 5. 85).

Die offene Kritik in der sowjetischen Presse hat ihre Vor- und Nachteile. Es ist ja keineswegs so, daß die Kritik automatisch zur Verbesserung der Lage führt. Der sowjetische Satiriker *Sergej Michalkov* schreibt darüber: „Ich habe 1944 angefangen zu schreiben ... Ich muß gestehen, es kam mir gar nicht in den Sinn, daß die Themen meiner kritischen Fabeln und satirischen Gedichte noch lange aktuell bleiben würden. Mir schien, wenn ein Fehler bemerkt und von allen ausgelacht wurde, so ist der Fall erschöpft und die Laster sterben nun von allein ... Aber so unverändert wie das Einmaleins bleiben auch unsere Probleme“ (LZ, 12. Juni 1985).

Ein Grund für die relative Wirkungslosigkeit der Aufdeckung von Mängeln mag auch mit dem oben schon erwähnten Tabu zusammenhängen, über die Symptome hinaus zu den Ursachen der Mängel vorzustoßen. Ausgenommen von der Kritik bleibt natürlich die Planwirtschaft als solche, aber auch die obersten Führungsgremien von Partei und Staat. Überhaupt gibt es einen ziemlich genau festgelegten Kommet, wer wen wie öffentlich zur Rede stellen darf. So kann z. B. eine Regierungsbehörde niemals die ihr gleichrangige Parteibehörde an den Pranger stellen, sondern nur umgekehrt. Der Hauptweg der Kritik ist jener von oben nach unten. Aber gerade hier haben die Medien einen gewissen Frei-

raum. Sie dürfen in Grenzen, die heute weiter sind als vor zehn Jahren Betriebe, Verwaltungen und auch untere Parteiorgane für Schlamperei, Mißmanagement und Korruption bloßstellen.

Die Massenmedien sind nicht die einzigen, die heute dazu beitragen, daß hinter der nach wie vor vielfach betriebenen Schönfärberei hier und da auch das wirkliche Leben in der Publizistik sichtbar wird. Auch die Belletristik, besser gesagt ein kleiner Teil der Schriftsteller, ist heute in der Lage, das was die Menschen bewegt, ihre Konflikte, ihre Hilflosigkeit und auch ihren christlichen Glauben wirklichkeitsnäher zu beschreiben als das in der Stalinzeit denkbar war.

Die Kritik als solche ist noch keine Problemlösung. Das begreifen auch viele Sowjetbürger. Sie schafft nur eine besondere Stimmung: So geht es nicht weiter, es muß etwas geschehen. Die Kritik trägt zur Entspannung bei, vielleicht vermittelt sie sogar den Eindruck der Freiheit. Daher wird erlaubt, viel zu kritisieren. Es gibt aber auch hier eine Ausnahme. *Eine* sowjetische Zeitschrift veröffentlicht grundsätzlich keine Kritik. Das ist die „Zeitschrift des Moskauer Patriarchats“. Dies kann wohl kaum als ein Zeichen besonderer Freiheit gewertet werden, die die Russische Orthodoxe Kirche in der Sowjetunion genießt?

Nadja Simon

„Eine rechtlich ungültige Ehe kann eine sehr glückliche Ehe sein ...“

Ein Gespräch mit Professor Matthäus Kaiser über Fragen des kirchlichen Eherechts

Ob es die Diözesansynode des Bistums Rottenburg-Stuttgart oder die außerordentliche Bischofssynode in Rom ist: Überall zeigt es sich, daß die Frage nach der Stellung der wieder-verheiratet Geschiedenen in der Kirche dringend einer Lösung bedarf. Manch einem scheint schon eine großzügigere Handhabung bestehender Annullierungsmöglichkeiten zu genügen. Zumeist ist aber von einer unter bestimmten Voraussetzungen möglichen Wiederezulassung von wieder-verheiratet Geschiedenen zu den Sakramenten die Rede. Der Regensburger Kirchenrechtler Matthäus Kaiser hat sich demgegenüber vor einigen Jahren in einer Veröffentlichung (Geschiedenen und wieder verheiratet. Beurteilung der Ehen von Geschiedenen, die wieder heiraten, Regensburg 1983) für eine grundsätzliche Neubewertung der Ehen von Geschiedenen eingesetzt. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Kaiser, die Zahl der kirchlichen Annullierungsverfahren steigt. Man kann fast den Eindruck haben, es gäbe doch so etwas wie eine „Scheidung auf katholisch“. Warum nimmt die Zahl der Verfahren

zu: Nehmen mehr Katholiken die kirchenrechtlichen Möglichkeiten wahr als früher, hat sich die Entscheidungspraxis der kirchlichen Gerichte geändert?

Kaiser: Die Zahlen haben sich in der Tat in den letzten Jahren ständig erhöht, z. B. hier in Regensburg verdoppelte sich in den letzten zehn Jahren die Zahl derer, die Anträge auf Annullierung ihrer Ehe stellen. Das hat natürlich verschiedene Gründe. Zunächst einmal hängt das damit zusammen, daß sich die Zahl der Ehescheidungen überhaupt ständig erhöht hat. Je mehr Ehen scheitern, desto mehr sind eben auch potentiell Antragsteller für eine kirchliche Annullierung. Zum anderen ist dies aber auch eine Frage der Information. Es gibt viele Leute, deren Ehen vielleicht ungültig sind, die aber noch nie etwas davon gehört haben, daß es die Möglichkeit zur Annullierung überhaupt gibt. Vielleicht macht sich da in den letzten Jahren auch so etwas wie ein Caroline-Effekt bemerkbar, durch spektakuläre Fälle werden manche erst auf das Annullierungsverfahren aufmerksam.